

Antrag 5 der

AUGE/UG - Alternative und Grüne GewerkschafterInnen/Unabhängige GewerkschafterInnen

an das

Bundesforum der GPA-djp von 3. bis 5. November 2010

Ja zu einer sozial-ökologischen Steuerreform – Nein zur Budgetsanierung unter einem „ökologischen Deckmäntelchen“!

Nicht zuletzt aufgrund der klaren Verfehlung der Kyoto-Ziele und aus Gründen des Klima- und Umweltschutzes ist eine grundlegende Reform des österreichischen Steuersystems – auch in ökologischer Hinsicht – dringend geboten. Das österreichische Steuersystem ist nach wie vor durch eine hohe steuerliche Belastung von Arbeit bei niedriger Belastung von Kapital und Vermögen (worauf die GPA-djp bereits vielfach hingewiesen hat und entsprechende Schritte in Richtung mehr Verteilungsgerechtigkeit fordert) UND bei einer verhältnismäßig geringen Belastung von klimaschädigenden Energieträgern geprägt:

- so liegt der Anteil an Umweltsteuern am gesamten Steueraufkommen laut WIFO im Jahr 2006 in Österreich mit 5,9 % unter dem EU-27 Schnitt mit 6,4 %. In Dänemark liegt der Ökosteuern-Anteil bei 12,2 %, in den Niederlanden bei 10,4 %.
- Arbeit ist im europäischen – und auch internationalen Vergleich – dagegen steuerlich überdurchschnittlich belastet: So lagen in Österreich die Lohnsummensteuern (z.B. Kommunalabgabe, Wohnbauförderungsbeitrag ...) im Jahr 2005 bei 2,6 % des BIP, in OECD-Europa dagegen bei lediglich 0,3 %, innerhalb der EU-15 und EU-19 bei 0,4 %. Der implizite Steuersatz auf Arbeit lag 2008 in Österreich bei 41 %, innerhalb der EU-25 dagegen bei 37 %.

Eine weitgehend aufkommensneutrale, sozial-ökologische Steuerreform mit dem einfachen Grundprinzip, die steuerliche Belastung weg von Arbeit und ArbeitnehmerInnen hin zu klimaschädigendem Energie- und Umweltverbrauch umzuschichten, ist daher naheliegend und würde damit zwei Effekte erzielen:

- einen **lenkungspolitischen** - weg von nicht-erneuerbaren, fossilen und klima- und umweltschädigenden Energieträgern hin zu erneuerbaren, umwelt- und klimafreundlichen Energien, sowie zu mehr Energieeffizienz bzw. -sparen.
- Einen **verteilungspolitischen** – nämlich die im internationalen und europäischen Vergleich hoch besteuerte Arbeit und die hoch besteuerten ArbeitnehmerInnen im Gegenzug steuerlich zu entlasten (gleichzeitig muss allerdings auch festgehalten, dass wohlhabende, einkommensstarke Menschen in der Regel einen höheren Ressourcenverbrauch haben, als einkommensschwache – Ausnahme: Heizen)

Im Rahmen der einnahmeseitigen Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung wird auch eine Erhöhung von Massensteuern – unter anderem die Mineralölsteuer – diskutiert. Diese Steuererhöhung wird unter dem Deckmantel einer „Ökologisierung“ des Steuersystems diskutiert. Mit einer sozial-ökologischen Steuerreform im Sinne einer mit der Erhöhung von Energiesteuern einhergehende Entlastung von Arbeit und ArbeitnehmerInnen hat diese Steuererhöhung aus Budgetsanierungsgründen allerdings nur wenig zu tun. Ein Entlastung von Arbeit und ArbeitnehmerInnen ist allerdings – weil diese das Budget einnahmeseitig nicht verkräften würde, wie es heißt – nicht angedacht!

Damit entlarvt sich die vermeintliche Ökologisierung vor allem als reine Geldbeschaffungsmaßnahme zur Sanierung des Budgetdefizits, und widerspricht dem Grundgedanken einer sozial-ökologischen Steuerreform, wie sie überwiegend von Wissenschaft, Umweltverbänden etc. eingefordert wird:

- nämlich gerecht (z.B. jede Tonne CO₂ kostet gleich viel, egal ob Diesel oder Benzin) und ökologisch zu sein – insbesondere sozial ausgewogen zu sein (z.B. über Ökobonusmodelle als Steuergutschrift oder Transfer)
- plan- und vorhersehbar zu sein (damit UnternehmerInnen und BürgerInnen darauf angemessen reagieren können – was ja auch EIN Ziel ist)
- Mehreinnahmen zur Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen und entsprechender Beschäftigung, und so – etwa über ein Mehr an Mobilität durch bessere öffentliche Verkehrsmittel oder weniger an Heizkosten wegen thermischer Sanierung – an die Haushalte zurückerstattet wird.
- eingebettet in eine ökologische Wirtschaftspolitik sind

Die GPA-djp sieht durchaus die Dringlichkeit einer Ökologisierung des Steuersystems gegeben – allerdings nicht als Massensteuererhöhung, wie von konservativer Regierungsseite immer wieder eingefordert.

Das GPA-djp Bundesforum 2ß1ß möge daher beschließen:

Die GPA-djp findet die Reform des österreichischen Steuersystems nach dem sozial-ökologischen Grundprinzip „fossile, klimaschädigende Energieträger höher besteuern – Arbeit und ArbeitnehmerInnen entlasten“ und dadurch Anreize für Energiesparen, Energieeffizienz und die Verwendung klima- und umweltschonender Technologien in Produktion, Verkehr, Wärme- und Stromgewinnung zu fördern, prinzipiell begrüßens- und verfolgenswert.

Die alleinige Erhöhung von Massensteuern unter dem Deckmantel einer „Ökologisierung“ zur Budgetsanierung ohne gleichzeitige steuerliche Entlastung von Arbeit und ArbeitnehmerInnen bzw. BezieherInnen sozialer Transfers wird allerdings als sozial unausgewogen und vor allem untere und mittlere Einkommensschichten belastend abgelehnt.

Vielmehr fordert die GPA-djp eine weitgehend aufkommensneutrale sozial-ökologische Steuerreform entlang oben erwähnter Grundprinzipien sowie begleitende klima- und wirtschaftspolitische Maßnahmen

- die den Umstieg von fossilen auf klima- und umweltfreundliche Energieträger insbesondere zur Wärmegewinnung auch finanziell fördert („Heizkesseltauschprogramme“)
- die über einen „Umweltbonus“ einen sozialen Ausgleich schafft
- die mehr öffentliche Mittel zur klima- wie beschäftigungspolitisch besonders wirksamen thermischen Sanierung des Althausbestandes (insbesondere für gemeinschaftliche und damit ressourcensparende Wohn- und Siedlungsformen) freimacht
- die öffentliche Mobilität fördert und über den Ausbau, die Verdichtung und Attraktivierung öffentlicher Verkehrsmittel ein entsprechendes flächendeckendes Alternativangebot zum motorisierten Individualverkehr schafft

- durch eine aufkommensneutrale Absenkung lohnbezogener Abgaben (nicht Sozialversicherungsbeiträge) Arbeit steuerlich entlastet und alternativ aus höheren Ökosteuern gegenfinanziert
- die Unternehmen gegenüber privaten Haushalten im Zuge einer Ökologisierung des Steuersystems nicht steuerlich bevorzugt.

Als Maßnahmen schlägt die GPA-djp die schrittweise Umsetzung einer aufkommensneutralen, sozial-ökologischen Steuerreform im Umfang von ca. 3 Mrd. Euro nach Vollausbau vor, die folgende Maßnahmen umfasst:

- eine CO₂ Abgabe
- Eine behutsame Erhöhung der Mineralölsteuer, Angleichung der MÖST für Diesel an jene für Benzin, keine MÖSt-Befreiung für „Bio-Sprit“, sowie keine steuerliche Bevorzugung von Agrardiesel
- die Umsetzung einer flächendeckenden LKW-Maut
- Einführung einer Kerosinabgabe auf EU-Ebenen
- Erhöhung bzw. Ökologisierung von Verschmutzungsteuern (z.B. Normverbrauchsabgabe nach CO₂-Bonus-Malus-System ausdifferenziert, Ökologisierung der KfZ-Steuern, Düngemittel- und Pestizidsteuer
- Stärkung der Umweltkomponente in der Wohnbauförderung (Förderungen nur für ökologisches und energieeffizientes Bauen nach Stand der Technik, verstärkte Nutzung von Mitteln aus der Wohnbauförderung zur thermischen Sanierung)
- Im Zuge der schrittweisen Einführung ökologischer Abgaben im Gegenzug schrittweise Senkung und entsprechend alternative Finanzierung des Wohnbauförderungsbeitrags und der Kommunalsteuer, die bislang lediglich die Lohnsumme als Bemessungsgrundlage haben

Um soziale Ausgewogenheit im Rahmen einer sozial-ökologischen Steuerreform zu garantieren sowie Anreize für ökologisches, energiesparendes Verhalten zu fördern, sind Maßnahmen zu setzen, die u.a. umfassen:

- Einen Ökobonus als Lohn- bzw. Einkommenssteuergutschrift bzw. soziale Transferleistung zur steuerlichen Entlastung kleiner und mittlerer EinkommensbezieherInnen
- Eine Ökologisierung der PendlerInnenpauschale sowie steuerliche (Teil-)Absetzbarkeit von Monats-/Jahrestickets für öffentliche Verkehrsmittel
- Zweckwidmung von Mitteln aus der LKW-Maut sowie einer höheren Mineralölsteuer für den Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel
- Einrichtung eines Klimaschutzfonds aus dem flächendeckende Energiesparberatung, Energiesparmaßnahmen sowie Umstiegshilfen zu erneuerbaren Energien angeboten bzw. co-finanziert werden.